

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

148. Sitzung

Berlin, Mittwoch, den 14. Dezember 2011

Inhalt:

Erweiterung und Abwicklung der Tagesordnung	17671 A	Swen Schulz (Spandau) (SPD)	17674 D
Begrüßung des neuen Abgeordneten Ulrich Schneider	17686 A	Dr. Maria Böhmer, Staatsministerin BK	17674 D
Begrüßung von Mitgliedern des Europaausschusses der französischen Assemblée nationale	17689 A	Aydan Özoğuz (SPD)	17675 A
Tagesordnungspunkt 1:		Dr. Maria Böhmer, Staatsministerin BK	17675 B
Befragung der Bundesregierung: Erklärung des Bundes zum Nationalen Aktionsplan Integration		Michael Frieser (CDU/CSU)	17675 C
Dr. Maria Böhmer, Staatsministerin BK	17671 B	Dr. Maria Böhmer, Staatsministerin BK	17675 C
Memet Kilic (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	17672 B	Memet Kilic (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	17675 D
Dr. Maria Böhmer, Staatsministerin BK	17672 C	Dr. Maria Böhmer, Staatsministerin BK	17676 A
Ewa Klamt (CDU/CSU)	17672 C	Swen Schulz (Spandau) (SPD)	17676 B
Dr. Maria Böhmer, Staatsministerin BK	17672 D	Dr. Maria Böhmer, Staatsministerin BK	17676 B
Michael Frieser (CDU/CSU)	17673 B	Aydan Özoğuz (SPD)	17676 C
Dr. Maria Böhmer, Staatsministerin BK	17673 C	Dr. Maria Böhmer, Staatsministerin BK	17676 D
Aydan Özoğuz (SPD)	17673 D	Michael Frieser (CDU/CSU)	17677 A
Dr. Maria Böhmer, Staatsministerin BK	17674 A	Dr. Maria Böhmer, Staatsministerin BK	17677 B
Memet Kilic (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	17674 B	Memet Kilic (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	17677 C
Dr. Maria Böhmer, Staatsministerin BK	17674 C	Dr. Maria Böhmer, Staatsministerin BK	17677 D
		Tagesordnungspunkt 2:	
		Fragestunde	
		(Drucksache 17/8101)	17678 A

Zusatzfragen
 Memet Kilic (BÜNDNIS 90/
 DIE GRÜNEN) 17738 A

Mündliche Frage 58
Memet Kilic (BÜNDNIS 90/
 DIE GRÜNEN)

**Mitgliedschaft von Verfassungsschützern
 in Schützenvereinen**

Antwort
 Dr. Ole Schröder, Parl. Staatssekretär
 BMI 17738 C

Zusatzfragen
 Memet Kilic (BÜNDNIS 90/
 DIE GRÜNEN) 17738 C
Petra Pau (DIE LINKE) 17739 A

Mündliche Frage 59
Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/
 DIE GRÜNEN)

**Bedeutung der Rechtsprechung des Euro-
 päischen Gerichtshofes für Menschen-
 rechte bei der Bewertung der Validität der
 in einem neuen NPD-Verbotsverfahren
 vorzulegenden Beweise und der Bewertung
 seiner Erfolgsaussichten**

Antwort
 Dr. Ole Schröder, Parl. Staatssekretär
 BMI 17739 C

Zusatzfrage
 Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/
 DIE GRÜNEN) 17739 D

Mündliche Frage 60
Petra Pau (DIE LINKE)

**Gründe für die Löschung der Datei
 „Rechtsextremistische Kameradschaften“
 2010**

Antwort
 Dr. Ole Schröder, Parl. Staatssekretär
 BMI 17740 A

Zusatzfragen
Petra Pau (DIE LINKE) 17740 C

Mündliche Frage 61
Petra Pau (DIE LINKE)

**Ermittlungen und Haftbefehle gegen ge-
 wealtbereite Rechtsextremisten**

Antwort
 Dr. Ole Schröder, Parl. Staatssekretär
 BMI 17740 C

Zusatzfragen
Petra Pau (DIE LINKE) 17740 D
 Jörn Wunderlich (DIE LINKE) 17741 B
 Memet Kilic (BÜNDNIS 90/
 DIE GRÜNEN) 17741 C

Nächste Sitzung 17742 C

Anlage 1

Liste der entschuldigter Abgeordneter 17743 A

Anlage 2

Erklärung nach § 31 GO des Abgeordneten
 Andrej Hunko (DIE LINKE) zur Abstimmung
 über den Entschließungsantrag der
 Fraktion der SPD zu der Abgabe einer Regie-
 rungserklärung durch die Bundeskanzlerin zu
 den Ergebnissen des Europäischen Rates am
 8./9. Dezember 2011 in Brüssel 17743 C

Anlage 3

Mündliche Frage 3
Friedrich Ostendorff (BÜNDNIS 90/
 DIE GRÜNEN)

**Abhängigkeit des Lebensmittelsektors von
 fossiler Energie**

Antwort
 Peter Bleser, Parl. Staatssekretär
 BMELV 17744 A

Anlage 4

Mündliche Frage 4
Friedrich Ostendorff (BÜNDNIS 90/
 DIE GRÜNEN)

**Senkung der Abhängigkeit der Landwirt-
 schaft von fossilen Energieträgern**

Antwort
 Peter Bleser, Parl. Staatssekretär
 BMELV 17744 B

Anlage 5

Mündliche Frage 9
Harald Weinberg (DIE LINKE)

**Schlussfolgerungen aus dem *Monitor*-Be-
 richt zum Einsatz von Pool-Blutprodukten**

Antwort
 Annette Widmann-Mauz, Parl. Staatssekretärin
 BMG 17744 C

Memet Kilic

- (A) wie viele Verfassungsschützer in Schützenvereinen organisiert sind, muss ich sagen: Das ist ein Manko der Bundesregierung. Ist es nicht so?

Dr. Ole Schröder, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern:

Sie unterstellen, dass jeder, der Mitglied in einem Schützenverein ist, offensichtlich nicht verfassungstreu ist,

(Memet Kilic [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Das tue ich nicht!)

oder Sie unterstellen, dass die entsprechenden Personen nicht beim Bundesamt für Verfassungsschutz arbeiten sollten.

(Memet Kilic [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Nein! Ich stelle Ihnen nur eine Frage: ob Sie es wissen oder nicht!)

Diese Schlussfolgerungen können wir nicht teilen. Entscheidend ist, dass die Mitarbeiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz verfassungstreu sind. Darauf werden sie überprüft.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:
Frau Kollegin Pau.

Petra Pau (DIE LINKE):

Herr Staatssekretär, die Frage des Kollegen Kilic gibt mir Gelegenheit, zu einem anderen Sachverhalt nachzufragen. Ich frage also nicht nach Verfassungsschützern.

(B)

Sie haben in den letzten Tagen Anfragen von Kolleginnen und Kollegen aus meiner Fraktion zum Thema Legaler Waffenbesitz und zum Besitz einer entsprechenden Erlaubniskarte durch Rechtsextreme beantwortet. Zugegebenermaßen: Mich überrascht nicht mehr viel in diesem Bereich. Aber die Anzahl legaler Waffen, die einschlägig bekannte Rechtsextreme, zum Teil sogar als gewaltbereit bekannte Rechtsextreme, besitzen, zum Beispiel im Bundesland Sachsen, hat mich doch überrascht. Deshalb meine Frage: Haben Sie Kenntnis davon, dass Behörden des Bundes oder der Länder in den vergangenen Jahren – auch auf der Grundlage der Veränderungen im Waffenrecht, die wir sowohl im Jahre 2003 als auch in den nachfolgenden Jahren vorgenommen haben – Hinweise zum Beispiel an Schützenvereine bzw. Sportvereine gegeben haben, dass diejenigen, welche eine solche Erlaubnis beantragt haben, nicht den Kriterien der Zuverlässigkeit nach § 5 des Waffengesetzes entsprechen?

Dr. Ole Schröder, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern:

Für die Ausführung des Waffengesetzes sind die Länder zuständig. Die Behörden, die dafür zuständig sind, müssen selbstverständlich die Zuverlässigkeit desjenigen, der beantragt, eine Waffe führen zu dürfen, überprüfen. Hierfür sind Erkenntnisse darüber, ob jemand beispielsweise Mitglied einer rechtsextremistischen Vereinigung ist, natürlich dringend notwendig.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

(C)

Wir kommen zur Frage 59 des Kollegen Montag:

Welche Bedeutung misst die Bundesregierung der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, insbesondere der Entscheidung „Partidul Comunitilor (Nepeceriti) und Ungureanu gegen Rumänien“ (Nr. 46626/99), bei der Bewertung der Validität der in einem neuen NPD-Verbotsverfahren vorzulegenden Beweise und der Bewertung seiner Erfolgsaussichten bei?

Dr. Ole Schröder, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern:

Sehr geehrter Herr Kollege Montag, im Rahmen der Prüfung eines NPD-Verbotsantrags prüft die Bundesregierung alle in diesem Zusammenhang maßgeblichen Aspekte. Hierzu gehören auch die Anforderungen der Europäischen Menschenrechtskonvention einschließlich der hierzu ergangenen Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte. Nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts sind diese Anforderungen von allen staatlichen Organen auch bei der verfassungsrechtlichen Würdigung der relevanten Sachverhalte zu berücksichtigen.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:
Herr Montag, eine Nachfrage?

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Ja, gerne.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:
Bitte sehr.

(D)

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Danke, Herr Staatssekretär. Es freut mich, dass die Bundesregierung das so sieht; denn wenn wir uns gemeinsam um einen Verbotsantrag bemühen wollen, dem wir selbst große Erfolgschancen beim Bundesverfassungsgericht einräumen, dann müssen wir uns auch mit dieser Rechtsprechung beschäftigen. In diesem Zusammenhang habe ich eine Frage an Sie.

Mögliche Antragsteller für ein solches Verfahren sind der Bundestag, die Bundesregierung und der Bundesrat. Beim letzten Mal haben diese drei Verfassungsorgane den Antrag gemeinsam gestellt. Der Bundestag verfügt aber über keinerlei Möglichkeiten, das Material zu beschaffen, das zur Untermauerung eines solchen Antrags notwendig ist. Dies ist Aufgabe der Bundesregierung. Wird die Bundesregierung im Falle eines erneuten Anlaufs dem Bundestag, uns Abgeordneten, vor einem Antrag das gesammelte Material zur Verfügung stellen, damit wir eine informierte Entscheidung darüber treffen können, –

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:
Herr Kollege.

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
– ob wir uns einem solchen Verfahren anschließen wollen oder nicht?

(A) **Dr. Ole Schröder**, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern:

Zunächst einmal wird ja überprüft, welche genauen Anforderungen aufgrund der neuesten Rechtsprechung, aber auch aufgrund der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte erforderlich sind. Diese Anforderungsliste werden wir selbstverständlich auch dem Bundestag zur Verfügung stellen.

(Jerzy Montag [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Danke!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Wir kommen zur Frage 60 der Kollegin Pau:

Welche Erkenntnisse wurden in der Datei „Rechtsextremistische Kameradschaften“ erfasst, und aus welchen Gründen wurde die Datei 2010 gelöscht?

Dr. Ole Schröder, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern:

Eine Datei mit der nachgefragten Bezeichnung ist der Bundesregierung nicht bekannt. Zum Zwecke einer optimierten Aufklärung und Auswertung von Informationen über neonazistische Gruppierungen, darunter auch Kameradschaften, betreiben das Bundesamt für Verfassungsschutz und die Verfassungsschutzbehörden der Länder seit 2009 ein gemeinsames Auswertungsprojekt, mit dem Ziel, die zunehmende Bedeutung des neonazistischen Spektrums als treibende Kraft im Rechtsextremismus einer verstärkten Aufklärung und Analyse zuzuführen. Die Ergebnisse werden seit 2010 in einer temporären Arbeitsdatei zusammengefasst.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau Pau, eine Nachfrage.

Petra Pau (DIE LINKE):

Ich wüsste gerne: Erkenntnisse welcher Art werden in dieser temporären Arbeitsdatei zusammengefasst, das heißt, geht es nur um Kameradschaften oder auch um weitere Gruppierungen? Geht es auch um Straftaten, bis hin zu Gewalttaten, die aus diesen Gruppierungen heraus begangen werden? Werden dort beispielsweise auch Erkenntnisse über Waffen und Sprengstoff erfasst?

Dr. Ole Schröder, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern:

In dieser Datei geht es insbesondere um Kameradschaften, um informelle Gruppen und auch um sogenannte autonome Nationalisten sowie darum, inwieweit sie sich organisieren und welche Rolle die Einzelnen spielen. Hierbei werden die Informationen der Landesämter und des Bundesamtes für Verfassungsschutz zusammengestellt, um ein entsprechendes Bild zu erhalten.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau Pau, Sie haben eine zweite Nachfrage. Bitte.

Petra Pau (DIE LINKE):

Ja. – Ich habe das Programm zur Bekämpfung rechts-extremistischer Gewalt des Bundesinnenministeriums zur Kenntnis genommen. Dort heißt es unter Punkt 9: „Kameradschaften überprüfen“, und es wird hier in diesem Monat offensichtlich eine neue Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft eingerichtet. Ich wüsste jetzt gerne: In welchem Verhältnis steht dieses neue Gremium mit seinen Möglichkeiten zu der von Ihnen erwähnten Gruppe und der temporären Datei, bzw. ersetzt dieses neue Gremium das Ganze, und werden die Ergebnisse der bisherigen Arbeit dorthin überführt?

Dr. Ole Schröder, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern:

Das Letztere ist richtig. Das Auswertungsprojekt wird künftig im gemeinsamen Abwehrzentrum „Rechtsextremismus“ weitergeführt.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Wir kommen zur Frage 61 der Kollegin Pau:

Wie viele gewaltbereite Rechtsextremisten, gegen die wegen einschlägiger Straftaten ermittelt wurde, haben sich den Ermittlungen entzogen, und gegen wie viele wurde daraufhin Haftbefehl erlassen?

Dr. Ole Schröder, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern:

Ein vom Bundeskriminalamt durchgeführter, nur rein automatisierter Abgleich der in der Datei „Gewalttäter rechts“ derzeit gespeicherten 950 Personen mit dem Fahndungsbestand hat ergeben, dass zehn dieser Personen zur Festnahme ausgeschrieben sind. Während in einem Fall die Festnahme zu Ausweisung und Abschiebung erfolgen soll, soll sie in den anderen neun Fällen der Strafvollstreckung dienen. Doch ist auch bei diesen neun Fällen nicht ersichtlich, ob der Haftbefehl wegen einer einschlägigen, das heißt politisch rechts motivierten Straftat oder einer Straftat aus der allgemeinen Kriminalität, zum Beispiel Unterhaltsentziehung, ausgesprochen worden ist. Das Bundeskriminalamt ist bereits an die Länder herangetreten, um die Haftbefehle gegen politisch rechts motivierte Täter zu verifizieren und auf ihre Vollständigkeit hin zu überprüfen sowie die Haftbefehle herauszufiltern, denen eine politisch motivierte Tat zugrunde liegt.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau Pau, Sie haben eine Nachfrage.

Petra Pau (DIE LINKE):

Habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie das jetzt mit den Ländern beraten haben bzw. mit ihnen verabredet haben, dass diesen Dingen jetzt nachgegangen wird? Wenn ja, wüsste ich gern, ob dann der Umkehrschluss richtig ist, dass bis zum Zeitpunkt des Bekanntwerdens dieser Mordserie und unserer entsprechenden innenpolitischen Debatten das Untertauchen und Nichtauffinden solcher gesuchten Straftäter nicht als ernste Gefahr angesehen wurde, das heißt, bis zum Jahre 2011 eine solche Verabredung, dem nachzuspüren, nicht existierte?

(A) **Dr. Ole Schröder**, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern:

Das ist nicht der Fall. Es ist lediglich die Frage, in welcher Datei was abgespeichert wird. Die Frage, ob vollstreckbare Haftbefehle abgespeichert sind, ist ja in der Vergangenheit immer sehr strittig diskutiert worden und wird natürlich auch bei der neuen Verbunddatei strittig sein. Auf der einen Seite wird argumentiert, im Sinne der Sicherheitsbehörden ist diese Information notwendig. Auf der anderen Seite wird argumentiert, Haftbefehl heißt noch lange nicht, dass gegen den Betroffenen etwas aus dem Bereich Rechtsextremismus vorliegt. Deshalb wird zum Teil eben die Auffassung vertreten, dass diese Haftbefehle nicht eingestellt werden sollen.

Petra Pau (DIE LINKE):

Gut. Ich habe aber nicht nur nach Haftbefehlen gefragt, sondern auch nach Personen, denen entsprechende Dinge vorgeworfen werden, die jedoch aus dem Blickfeld der Behörden verschwunden sind. Da stellt sich für mich jetzt beispielsweise mit Blick auf die drei Herrschaften, über die wir zurzeit so intensiv reden und die seit dem Jahre 2001 aus dem Blickfeld der Behörden verschwunden sein sollen, noch einmal die Frage, ob ein solches Verschwinden in den letzten Jahren nicht als bedrohlich und nachforschenswert empfunden wurde.

Dr. Ole Schröder, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern:

(B) Selbstverständlich ist ein Haftbefehl, der nicht vollstreckt werden kann, in vielen Fällen eine Bedrohung für die Sicherheit. Deshalb sind natürlich auch die Sicherheitsbehörden daran interessiert. In der Polizeidatei INPOL sind ja auch solche Dinge abgespeichert, aber eben nicht in der Datei „Gewalttäter rechts“. Wir werden jetzt überlegen, wie das bei der neuen Verbunddatei gehandhabt wird.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Wunderlich, bitte.

Jörn Wunderlich (DIE LINKE):

Herr Staatssekretär, Sie sprachen bei Ihrer ersten Antwort von einem Abschiebehaftbefehl und neun Vollstreckungshaftbefehlen. Das hat ja mit laufenden Ermittlungen und Sich-den-Ermittlungen-Entziehen nichts zu tun. Insofern war die Antwort auf die Frage etwas daneben.

Aber wenn Sie jetzt schon mit den Landesbehörden in Kontakt stehen, um zu ermitteln, wie viele Haftbefehle denn erlassen werden, dann möchte ich Sie doch darum bitten, dass in dem Kontext nicht nur festgestellt wird, wie viele Haftbefehle in diesem Bereich erlassen worden sind, sondern auch, wie viele vollstreckt worden sind, um zu wissen, in wie vielen Fällen tatsächlich eine Inhaftierung erfolgte und die Haftbefehle nicht außer Vollzug gesetzt wurden.

Dr. Ole Schröder, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern: (C)

Ich habe die Frage der Abgeordneten Pau so verstanden, dass nach Erkenntnissen über nicht vollstreckte Haftbefehle gefragt und nicht über den Erlass von Haftbefehlen gesprochen wurde. Aber selbstverständlich ist die entscheidende Frage, welche Haftbefehle eben nicht vollstreckt wurden.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kilic.

Memet Kilic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Staatssekretär, diese Verbunddatei wird als Maßnahme vorgeführt, mit der man zukünftig solche Fälle besser handhaben kann. Aber in der heutigen Sitzung des Innenausschusses hat der Präsident des Bundesverfassungsschutzes die öffentliche Information bestätigt, dass man bei dem Terrortrio in der Vergangenheit zwischen 1998 und 2001 verschiedentlich kurz davorstand, es festzunehmen, aber die Aktionen unterbrochen wurden. Stimmen Sie mir zu, dass eine Verbunddatei nicht hilft, solange der Wille zur Inhaftnahme nicht vorhanden ist?

Dr. Ole Schröder, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern:

Die Sicherheitsbehörden haben mit Hochdruck gefahndet. Es kann überhaupt nicht die Rede davon sein, dass hier nicht der Wille bestand, Kriminelle zu verfolgen und festzunehmen. Aber selbstverständlich ist eine Verbunddatei, in der die Informationen der einzelnen Sicherheitsbehörden zusammengeführt werden, von allergrößter Bedeutung, wie die Frage der Abgeordneten Pau eben gezeigt hat. (D)

Gerade wenn man kritisiert, dass unter Umständen Informationen verloren gegangen sind und der Verfassungsschutz nicht über die Informationen verfügte, gegen wen ein vollstreckbarer Haftbefehl vorlag, gerade dann ist die Erkenntnis klar, dass wir eine Verbunddatei brauchen, in der genau solche Informationen eingestellt sind.

(Petra Pau [DIE LINKE]: Aber die Dateien wurden nicht abgerufen!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Wir kommen nun zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz. Die Fragen 62 und 63 des Kollegen Lemme werden schriftlich beantwortet. Die Fragen 64 und 65 der Kollegin Hönlinger sind zurückgezogen worden.

Wir kommen zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen. Schriftlich beantwortet werden ebenfalls die Fragen 66 und 67 des Kollegen Troost sowie die Fragen 68 und 69 der Kollegin Höll.

Wir kommen zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Die Fragen 70 und 71 des Kollegen Priesmeier werden schriftlich beantwortet.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt

(A) Wir kommen zur Frage 72. Der Kollege Paula ist nicht anwesend. Es wird verfahren, wie in der Geschäftsordnung vorgesehen.

Die Frage 73 der Kollegin Tackmann wird schriftlich beantwortet. Auch die Fragen 74 und 75 des Kollegen Seifert und die Frage 76 der Kollegin Marks werden schriftlich beantwortet.

Damit sind wir am Ende unserer heutigen Tagesordnung.

Ich berufe die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages auf morgen, Donnerstag, den 15. Dezember 2011, 9 Uhr, ein. (C)

Genießen Sie den restlichen Abend und die gewonnenen Einsichten.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 19.08 Uhr)